

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleit. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 295.
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreise: 33 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsstelle der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bock in Dresden.

Nr. 40

Dresden, Mittwoch, 17. Februar

1932

Der Reichspräsident vollzieht die Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg.

Berlin, 16. Februar.
Um 11.30 Uhr wurde eine Abordnung des Hindenburg-Kreisbundes vom Reichspräsidenten empfangen. Für den Reichspräsidenten waren erschienen der Oberbürgermeister Dr. Sahn, Reichsgerichtspräsident a. Z. Dr. Simon, für den bayerischen Landesauschuss v. Winterstein und v. Seiffert, für den württembergischen Landesauschuss Dr. Robert Bosh und General v. Naun, für den sächsischen Landesauschuss Oberbürgermeister Dr. Sahn und Reichspräsidenten in einer Ansprache, seine Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg zu setzen.

Der Reichspräsident erwiderte in einer kurzen Ansprache:

Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlich für die an mich gerichteten Worte. Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bezeugt habe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht.

Sie, meine Herren, sehen hier vor mir nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedenen Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Das ist mir ein großer Anreiz, mich nicht von einer bestimmten Partei oder Interessengruppe, sondern von der Gesamtheit der deutschen Nation aus den verschiedenen Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert.

Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft leisten zu können, was mir in meinem Leben reich und heilig war: dem Vaterlande!

Zurück vollzog der Reichspräsident die Unterschrift. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut: Ich erkläre hiermit, daß ich der Aufnahme meines Namens in den „Wahlvorschlag Hindenburg“ für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.

Dr. Sahn über die Tätigkeit des Hindenburg-Ausschusses.

Aber drei Millionen Unterschriften.

Berlin, 16. Februar.

Oberbürgermeister Dr. Sahn empfing heute mittag die Vertreter der Presse, um ihnen einen kurzen Überblick über die Arbeit des Hindenburg-Ausschusses zu geben. Er erinnerte daran, daß er bei der Gründung des Ausschusses am 1. Februar als sein Ziel angegeben habe, den Weg zu der Volkswahl Hindenburg zu bahnen. Dieses Ziel ist jetzt erreicht und zwar ohne jede Parteiorientation und ohne amtliche Eingriffsmittel. Dr. Sahn benutzte die Gelegenheit, um allen deutschen Zeitungen seinen Dank auszusprechen, die den Hindenburg-Ausschuss unterstützt und damit zu der großen Sache wesentlich beigetragen haben. Leider seien in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Zustände den Blick auch für die einfachen Notwendigkeiten nur zu leicht verdunkeln, die Absichten des Ausschusses von Teilen des Volkes verkannt oder mißverstanden worden. Demgegenüber stellte Dr. Sahn fest, daß der Ausschuss nur auf überparteilichem Wege auf die Wiederwahl Hindenburgs hingearbeitet, aber nicht die Absicht gehabt habe, selbst in die politischen Tagesfragen einzugreifen. Es habe dem Ausschuss auch völlig ferngelegen, etwa eine Probeabstimmung für die kommende Präsidentenwahl zu machen, das wäre technisch unangebracht und unmöglich gewesen. Von vornherein war klar, daß man auf diesem Wege nur einen Bruchteil der für Hindenburg zu wertenden Stimmen aufbringen könne. Immerhin konnte Dr. Sahn mitteilen, daß bisher schon über drei Millionen Eintragungen festgestellt sind. Das sei ein Ergebnis, das mehr als befriedigend sei.

Danktelegramm des Bayerischen Heimatschutzes an Hindenburg.

München, 16. Februar.

Der Bayerische Heimatschutz hat aus Anlaß der Vereiterklärung Hindenburgs zur Wiederannahme der Reichspräsidentenlandtagsur folgende Telegramm an ihn gerichtet:

Dem Reichspräsidenten Herrn Generalleutnant v. Hindenburg, dem Vater des Vaterlandes, aufrichtigsten Dank des Bayerischen Heimatschutzes.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung in der Ausschusssitzung des ADB.

Berlin, 16. Februar.

Die Bundesausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung. Der stellvertretende Vorsitzende des ADB, Eggert, bezeichnete als Forderung der Gewerkschaften, daß die Reichsregierung, die Reichsbank, die Reichspost und die Reichsbahn in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff nehmen sollten. Leipzig schlug vor, die Delegierten des Frankfurter Kongresses zu einem außerordentlichen Krisenkongress einzuberufen. Die Regierung müsse aufgefordert werden, auf diesem Kongress zu erscheinen.

Larow vom Holzarbeiterverband hielt ein Referat über seinen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung. Er führte u. a. aus:

Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr erlassenen Kredite aufgenommen werden. Wir denken an die Beschäftigung von zweier Millionen Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter und andere mehr von etwa 2 Milliarden Mark erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen Mark von vornherein durch die frei werdenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Leistung von höchstens 1,2 Milliarden Mark übrig. Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Kreditbeschaffung sehr starke Meinungsverschiedenheiten, auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert und daran, auf dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der offenen Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszufassen.

Nach eingehenden Darlegungen des Direktors der Arbeiterbank, Wachem, über das Wagemann-Projekt und nach Einwänden von Raphaeli (Forschungsbüro) gegen die Finanzierungsanschläge Larows verteidigte dieser in der Aussprache den von ihm vorgelegten Plan und dessen Finanzierung.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

„Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationperiode ziehe. Der offensichtlichste Richter ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Überarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienens erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen. Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor die Notwendigkeit an, der allgemeinen Wirtschaftspolitik durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes. Die unerkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen.“

Der Bundesausschuss beschloß, den Frankfurter Kongress für die nächste Zeit als außerordentlichen Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Berlin, 16. Februar.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zwei Gesetzentwürfe über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues sowie über die Umgestaltung der Gebäudeerhaltungsteuer (Hauszinssteuer) im Reichstage eingebracht.

Die beiden Entwürfe gehen davon aus, daß die Lage des Bauwesens sich außerordentlich verschlechtert hat und in den kommenden Monaten zur völligen Katastrophe zu führen droht, weil öffentliche Mittel für den Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Um solche öffentliche Mittel trotz der Senkung der Hauszinssteuer um 20 Proz. wieder freizumachen, fordert die Sozialdemokratie, daß die Hauszinssteuer in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden soll. Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen, ablosbar sein und den Kleinrenten von jeglicher Mehrbelastung freilassen. Durch möglichst genaue Anpassung der Rentenschuld an den Kapitalgewinn, den die Hausbesitzer durch die Inflation gemacht haben, soll ohne allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer ein höherer Ertrag als bei der Hauszinssteuer nach Durchführung der 20prozentigen Senkung erzielt werden.

In aber die auf diese Weise zu beschaffenden öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau auf keinen Fall ausreichen werden, sehen die Entwürfe außerdem die Auslegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung vor. Durch diese Anleihe soll das in großem Umfange gehamsterte Bargeld hervorgeholt und wieder der Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Zwei Drittel des Ertrages sollen für den Kleinwohnungsbaubau Verwendung finden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

Fortsetzung der Bankberatungen im Kabinett.

Berlin, 16. Februar.

Die Wollst-Büro erörtert, hat das Kabinettsamt auch heute die Beratungen über die Banknotfrage fortgesetzt, ohne daß sie aber jetzt schon zu einem Abschluß gekommen wären.

Dr. Goerdeler senkt Filmkosten.

Berlin, 16. Februar.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat heute vormittag nach wochenlangen Verhandlungen mit sämtlichen Zweigen der deutschen Filmindustrie seine Entscheidung über die verschiedenen Kostenfaktoren der Tonfilmherstellung getroffen. Die Berechnung regelt sämtliche Kosten und Gebühren, angefangen vom Rohfilm über die Preise der Aufnahmegeräte und die Lizenzen bis zu den Kopierpreisen. Darüber hinaus werden die Kosten für Tonwiedergabe-Apparaturen, Köhren, Photostellen, Lampen und Ersatzteile sowie die Vertriebsgebühren erfaßt.

Der Reichskommissar hat für alle diese Teilgebiete keine neuen Senkungen angeordnet, sondern die im Laufe der Verhandlungen von den verschiedenen Stellen vorgenommenen Ermäßigungen akzeptiert und bestimmt, daß die jetzt geltenden Preise bis zum 31. Dezember 1932 nicht erhöht werden dürfen. Die in den vergangenen Wochen freiwillig vorgenommenen Senkungen der verschiedenen Tonfilmherstellungskosten betragen über 20 Proz.

Soweit die Bezüge der Stars, Regisseure, Kameraleute, Architekten usw. immer noch in einem unangemessenen Verhältnis zu den Gesamt-

herstellungskosten eines Films stehen, ist die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie angewiesen worden, unverzüglich Verhandlungen zu führen, die eine unvereinbare Neusetzung oder Änderung solcher Bezüge zum Ziel haben sollen.

Zumulte im heffischen Landtag.

Darmstadt, 16. Februar.

In der heutigen Sitzung des heffischen Landtags kam es zu hier noch nie erlebten Vorgängen. Als der nationalsozialistische Fraktionsführer in der Angelegenheit des gestern abend durch einen Schuß schwer verletzten Abgeordneten Buttler eine scharfe Erklärung abgab, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Rechts- und Linksparteien. Bei den Worten des Staatspräsidenten Dr. Adlung, daß die Regierung ohne Ansehen der Person und Partei Recht eingegriffen habe und auch eingreifen werde und jede Warnung der Nationalsozialisten zurückweise, drohte es zu Tätlichkeiten zu kommen. Auf die Erklärung eines kommunistischen Redners, der nationalsozialistische Fraktionsführer habe seine Abgeordneten auf dem Platz zu einem „unabhängigen Kampf“ aufgefordert, verließen die Nationalsozialisten den Saal. Als der Zentrumredner Heilmann den Nationalsozialisten in seiner Verteidigungskrede für den Finanzminister Mangel an jeglichem Verantwortungsbewußtsein vorwarf, kam es zu erneuten Schreien und heftigen Debatten.

Reichsverkehrsminister Trede über das deutsche Verkehrsproblem.

Berlin 16. Februar.

Reichsverkehrsminister Trede sprach heute vor Studenten der Handelshochschule über das deutsche Verkehrsproblem. Er schilderte den Zustand, den der Weltkrieg — vielfach zu spät erkannt — in der wirtschaftlichen Aufschwundentwicklung der Vorkriegszeit bedeutet habe. Angekündigt habe sich der Übergang zur Wirtschaftskrisenperiode im Geburtenrückgang, um dann abmählich — verstärkt durch Weltkrieg und Tribute — auch im Handels- und Verkehrsvolumen zum Rückgang zu kommen. Demgegenüber hätten die Investitionen von Kapital im Verkehrswesen noch jahrelang die aufsteigende Richtung beibehalten. So ergebe sich heute das schwere Verkehrsproblem der Anpassung des überbelegten Verkehrsapparates an die schrumpfende Verkehrsaufgabe.

In den Mittelpunkt dieses Problems stelle der Minister die Deutsche Reichsbahn.

müsse in einer Linie erhalten werden. Die Anknüpfung von Wasserstraßenbauprogrammen komme heute nicht mehr in Frage. Im Gegenteil sei die Verkehrspolitik heute dem, in der Binnenschifffahrt auf Ausschaltung ungeeigneten Wettbewerbs hinzuwirken mit dem Ziele der Erhaltung und allmählichen, schonenden Kapazität des Apparates an die zurückgehenden Verkehrsbedürfnisse. Ebenso wie hier das Bestreben der Reichsregierung dahin gehe, der Schiffahrt die Möglichkeit zum Zusammenbruch in Selbstverwaltungsfähigkeit zu geben, so sei auch im Kraftverkehrswesen der bisherige vernünftige innere Wettbewerb aller Gattungen nicht länger erträglich. Der Minister entwickelte die Gründe für die Befreiung der Reichs Kraftwagenzolltarifs und wies darauf hin, daß die Entwicklung auch bei Kraftverkehr zu einer gewissen Selbstverwaltung hinführe. Auch die Seeschiffahrt der ganzen Welt sei überinvestiert, Deutschland sei wohl das einzige Land, dessen

R.